

Zeitpunkt zu lassen, wann mit dem Abtransport der Kriegsgefangenen mit Sicherheit zu rechnen ist.

England verhandelt in Moskau.

Nach hartnäckigen Gerüchten ist ein englischer Offizier und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes Ende Jan. nach Moskau abgereist, um dort vorläufige Besprechungen einzuleiten, welche später in Kopenhagen oder Stockholm weiter geführt werden sollen.

Die Handelsbeziehungen Englands mit den belagerten deutschen Gebieten. „Manchester Guardian“ meldet, daß die englische Regierung einen Kredit von einer Milliarde Schilling (Mark) in den Etat des Haushaltsministeriums eintrug zur Förderung der englischen Handelsbeziehungen mit Nordschleswig, dem Abessinien und Dantsig.

Eine Erklärung der deutschen Generale und Admirale.

In Berlin fand am Mittwoch wieder eine Sitzung von Generälen und Admiralen statt, in der, wie die „T. N.“ erzählt, folgende Erklärung abgegeben wurde:

Die unterzeichneten Generale und Admirale erklären nochmals, daß wir weder jetzt noch zukünftig und einem fremden Gericht helfen werden. Wir halten es für jeden deutschen Soldaten vom General bis zum jüngsten Kadett mit unserer soldatischen Ehre und dem Gefühl unserer persönlichen Würde nicht vereinbar, wir helfen jetzt, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes in dieser Frage unsere Ansicht teilt. In dem deutschen Richter haben wir das unbedingte Vertrauen, daß er allein nach deutschem Recht verfahren und urteilen wird. Einem Verfahren, das diesen Grundätzen entspricht, werden wir uns nicht nur stellen, sondern wir erwarten, nachdem wir uns nicht nur selbst und dem Vaterland, daß es unerschütterlich zur Wahrung der deutschen und unserer eigenen Ehre durchgeführt wird. Wir erklären, daß wir für alle unseren Untergebenen erteilten Befehle die volle Verantwortung tragen und übernehmen.

Wir sind und bewußt, daß die Antwortnote der Entente vom 16. Februar 1917 einen neuen Angriff gegen das deutsche Volk und seine Souveränität darstellt. Die ehrenrührige Forderung der Auslieferung Deutscher der fremden Mächte wird dem Grundsatze nach von den verbündeten Mächten keineswegs aufgegeben, sondern dadurch bekräftigt, daß die Entente als höchste Instanz sich vorbehält, gemäß Artikel 228 des Friedensvertrages jeden einzelnen Fall vor ihre eigene Gerichtsbarkeit zu bringen. Wir dagegen erklären ausdrücklich, daß wir nur rein deutsches Recht und als höchste Instanz das Reichsgericht in Leipzig anerkennen.

von Bohn, D'Elia, v. Falkenhain, v. Haensch, Hammer, v. Heeringen, v. Dittler, v. Jünemann, Koch, v. Graf, v. Ludendorff, v. Eberhard, v. Wanteuffel, v. Quast, v. Reichenstein, v. Scheer, v. Sörden, v. Tirpitz, v. Wilmanns, v. Winkler und v. Zech.

Wie man „abrukt“.

Der englische Kriegsminister Churchill teilte bei Einbringung des Gesetzesentwurfes im Unterhaus mit, daß Großbritannien in der Friedenskonferenz mit wenig Erfolg für die Abschaffung der Auslieferung eingetreten sei. Nur Deutschland habe auf die Dienstpflicht verzichtet, in dessen Fall es dazu gezwungen worden. Von Rechts wegen müßten die gesamten Mitglieder des Völkerbundes darüber erörtern, daß sie selbst zu jener durchgreifenden militärischen Verbündeten sich nicht verstehen oder sich nicht einigen könnten, zu der sie das niedergebrosene Deutschland gezwungen haben. Der Völkerbund ist fortan nicht mehr berechtigt, über Militarismus zu zitiern, denn bei ihm selbst ist diese Einrichtung beibehalten. In einer Antwort von Scham ist denn auch der Völkerbund bereit gewesen, den Termin für die Abschaffung der beschriebenen deutschen Militärpflicht auf den Mindeststand hinauszuschieben. Man wird vielleicht seine Ansichtung hier nochmals revidieren aus der Erkenntnis heraus, wie doch Deutschland den letzten Schutzwahl gegen ein Vereinstreten des Völkerbundes nach Westeuropa bildet. England selbst behält in ein härteres Meer als vor dem Kriege bei, wenn auch ein aus Freiwilligen bestehendes, da eine Vereinstimmung der allgemeinen Dienstpflicht in England dem dortigen Volkswillen widerspricht. Und im amerikanischen Repräsentantenhaus ist ein Gesetzesentwurf angenommen, der die militärischen Vorbereitungen für obligatorisch erklärt, wenn auch ebenfalls in Amerika von Fordauer der allgemeinen Dienstpflicht Abstand genommen worden ist. Jedenfalls sind die politischen Theorien Wilsons abgelehnt. Die vermeintlich unbedingte Welt führt in Waffen, wie nur je zuvor, mit Ausnahme des militärisch verärrteten deutschen Deutschlands.

Prozess Erzberger—Delferich.

Vernehmung Bethmann Hollwegs.

In der Nachmittags-Sitzung am Mittwoch des Delferich-Prozesses entspann sich eine längere Debatte darüber, ob über den letzten Teil der Anklage die Beweisführung am Donnerstag angetreten werden soll. Der Vorsitzende schlug vor, daß beide Parteien, da Erörterungen der großen Punkte im Gerichtssaal weder möglich, noch erwünscht seien, hierzu keine weiteren Beweisanträge stellen. Er, der Vorsitzende, gebe sich nicht dazu her, der Entente Material zu liefern. Die Gegenpartei solle doch ihren Strafanspruch zurückziehen. Erzberger: Das kann ich nicht tun, denn die Öffentlichkeit würde dann sagen, ich habe den Vorwurf der gemeinen Lüge und Unwahrhaftigkeit auf mir sitzen lassen. Geh. Rat v. Gordon schlägt vor, Delferich möge den Vorwurf der gemeinen Lüge zurücknehmen. Rechtsanwalt Aßberg erklärt dagegen, sein Mandant könne sich nicht auf Vergleiche einlassen. Damit wird die Sitzung geschlossen.

In der gestrigen Verhandlung kam zunächst das Thema Kriegsteuern zur Erörterung. Erzberger hatte in der Nationalversammlung Delferich vorgeworfen, daß er als Staatssekretär des Schatzamtes gegen die Kriegsteuern gewesen sei. Hierzu kam eine Besprechung von Bethmann Hollweg mit Erzberger im Januar 1917 zur Sprache, als Delferich bereits seine Kriegsteuervorlage angekündigt hatte. Delferich erklärte nun, daß der Abgeordnete Spahn ihm die Versicherung eines Abgeordneten mitgeteilt habe, v. Bethmann sei bereit, um des Budgets willen, die Steuervorlage zurückzuziehen. Dieser Abgeordnete sei Erzberger gewesen. Bethmann Hollweg habe ausdrücklich verneint, daß er Erzberger gegenüber eine derartige Erklärung abgegeben habe. Erzberger erklärte dagegen, die Bemerkung von Bethmann sei gefallen. Als Zeugen sind u. a. erschienen v. Bethmann Hollweg, der frühere Minister Spahn, Stresemann und Dugenberg. Der Verhandlungssaal ist zum ersten Male überfüllt. Bethmann Hollweg sagte aus: Er habe, um eine Verkürzung des Budgets zu vermeiden, Erzberger zugelegt, er würde seine Bedenken mit Delferich besprechen und habe dies auch getan. Er habe Erzberger gegenüber geäußert, es sei Pflicht, in der Art der Behandlung der Vorlage im Reichstage alles zu vermeiden, was den Streitigkeiten tatsächlich unterbreiten könnte.

Ohne Andeutung, daß er persönlich nicht hinter den Steuervorlagen stehe oder sie gar zurückziehen wolle, habe er nicht gemacht. Er habe den Einbruch gehabt, daß Erzberger daran gelegen war, die Steuervorlage zu Fall zu bringen. Wenn Erzberger so gesprochen hätte, wie er es jetzt darstellt, so müßte der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein, Erzberger erbleibe dabei, er habe unmittelbar nach der Unterredung mit Bethmann Hollweg in seiner Fraktion darüber gesprochen und von dem Einbrüche, den er erhalten habe. Es sei ganz ausgeschlossen, daß er bewußt falsche Mitteilungen gemacht habe. Es folgte sodann die Vernehmung des Staatsministers Spahn, die nach einer Zusammenfassung des Oberstaatsanwalts Franke ergab, daß Erzberger gesagt hätte, der Reichsanwalt lege auf die Durchführung der Steuervorlage seinen Wert mehr. Delferich des Vorhofes Erzberger's im Reichstage im Juli 1917 erklärte Delferich, daß ihm gegenüber Erzberger vorher bei einer Besprechung Material über den Abwehrkrieg erwähnt habe. Erzberger habe aber ausdrücklich gesagt, er werde es nicht in der Budgetkommission vorbringen. Gleichwohl habe er einige Tage darauf den bekannten Vorhof gemacht. Erzberger blieb bei seiner Aussage, der Reichsanwalt sei über seine Unrichtigkeit unterrichtet gewesen. Bethmann Hollweg sagte aus, daß ihm nicht mitgeteilt worden sei, daß Erzberger einen solchen Schritt vornehme. Er habe den Einbruch gehabt, daß die Rede Erzberger's einer unvernünftigen Wandelung in seinen tatsächlichen Äußerungen wäre. Er hätte an demselben Nachmittag in einer Unterredung Erzberger gegenüber sein Erstaunen ausgedrückt mit den Worten: „Herr Erzberger, Sie haben mich ja überfallen wie Hühner aus dem Busch.“ Staatsminister Dr. Soll erklärte, daß Erzberger ihm gesagt habe, daß er energisch gegen die Gewaltpolitik vorgehen und einen Schritt gegen die Regierung einzuleiten beabsichtige. An eine Friedensresolution habe der Zeuge nicht gedacht. Er habe nur einen Vorhof gegen den Abwehrkrieg erwartet, außerdem hätte er v. Bethmann Hollweg benachrichtigt. Ich erwartete die Friedensresolution nicht. Ich hielt damals Erzberger für einen Gegner Bethmann Hollwegs.

Als nächster Zeuge wird Unterstaatssekretär Ermold vernommen. Während Erzberger dem Reichsanwalt von Bethmann Hollweg versichert, er unternehme den Vorhof nur, um für die Regierung eine tragfähige Wehrkraft zu schaffen, hat er dem Abgeordneten Stresemann erklärt: „Ich will Bethmann Hollweg stürzen.“ Bethmann Hollweg mußte, weil er ein Friedenshindernis ist. Bis nächsten Dienstag ist Bethmann Hollweg befragt. Erzberger: Ich wollte Bethmann in seiner Friedenspolitik fassen und habe darüber am 8. Juli keinen Zweifel gelassen. Am 7. Juli ist ein Wechsel in meiner Auffassung eingetreten, daß ich nicht beitreten. Nach meiner Rede vom 8. Juli hat der Kriegsminister von Stein die Oberste Wehrleitung nach Berlin kommen lassen, um mit den Herren zu sprechen, in welcher Form die Verhandlungen zwischen den Abgeordneten und Ludendorff geführt werden sollten. Ich wurde gebeten, am Samstag mit Ludendorff zu sprechen, damit mir gleich Gelegenheit zur Vorbesprechung gegeben würde. Ich habe dieses Anerbieten gern angenommen. Als ich um 8 Uhr abends an der verabredeten Stelle eintraf, fand ich nur den Obersten Bauer und den Abgeordneten Stresemann vor. Ich hörte von diesem auf meine Frage, wo Ludendorff sei, zu meiner größten Überraschung, Ludendorff sei abgereist. Ob er schon fort war oder er schon fahren wolle, weiß ich nicht. Jedenfalls hat die geplante Aussprache zwischen den Generalen und den Abgeordneten nicht stattgefunden. Ich fragte darauf: Wie kommt denn das? Warum ist aus der Sache nichts geworden? Darauf wurde mir von einem Offizier gesagt, an der ganzen Sache sei Bethmann Hollweg schuld. Dieser habe zum Kaiser gesagt, es sei ein Sturm im Wasserlaute, und die Anwesenheit der Militärs in Berlin löse nur. Je rascher diese abreisen würden, desto besser. Daraufhin habe der Kaiser den Generalen gesagt, ob sie nichts Besseres zu tun hätten, als in Berlin zu sein. Sie sollten sofort abreisen. Infolgedessen konnte die geplante Aussprache nicht stattfinden. Ich war über diese Tatsache sehr erregt und sagte mir: Wenn Bethmann Hollweg die Ursache ist, daß die Zusammenkunft nicht zustandekommen ist, dann habe ich auch keine Verantwortung mehr, ihn zu unterstützen. Dann sei er eben ein Hindernis zum Frieden. Abgeordneter Dr. Stresemann legte aus: Erzberger habe ihm gesagt, er wolle Bethmann beistehen. (Große Bewegung.) Delferich geht dann zu einem neuen Vorhof über und kommt auf die Unterredung Erzberger's mit dem Kronprinzen am 12. Juli zu sprechen, in der Erzberger dem Kronprinzen erklärte, Bethmann verpasse jede Konjunktur. Er könne mit Amerika keinen Frieden schließen, höchstens im Jahre 1921, nämlich nach Wilson's Abzug. Erzberger: Es könne sein, daß er sich so geäußert. Bethmann Hollweg bestritt mit aller Entschiedenheit, daß ihm Erzberger die Veränderung seiner Stellungnahme mitgeteilt habe. Er habe erst am 7. Juli vormittags ein ganz kurzes Gespräch mit Erzberger gehabt. (Mit erhobener Stimme zum Richter des Nebenklägers gewandt): Sie aber, Herr Erzberger, sind jeder Neuherung bei dieser Gelegenheit ausgediehen. Es muß ein Gedächtnisfehler des Herrn Erzberger vorliegen, wenn er hier behauptet, mir gesagt zu haben, daß die Opposition gegen mich im Wesen begriffen und meine Stellung nicht zu halten sei. (Bewegung.) Bethmann Hollweg bittet den Vorsitzenden, im Anschluß hieran eine kurze Erklärung vor aller Öffentlichkeit abgeben zu können. Er führt dann aus: Es wird behauptet, daß ich den Verkehr zwischen der Obersten Wehrleitung und den Parlamentariern verhindert habe. Ich lese großen Wert darauf, festzustellen, daß diese Behauptung unrichtig ist. Ich habe allerdings dem Kaiser gesagt, daß ich es nicht für richtig halten würde, wenn wegen der Erzberger'schen Friedensresolution zwischen der Obersten Wehrleitung und den Parlamentariern verhandelt werde; denn es war dies eine politische Angelegenheit und somit Sache des Kanzlers, die Angelegenheit zu behandeln. Der Kaiser ist dann auch meiner Ansicht beigetreten. Zum Schluß wird in die Erörterung der Wiener Rede des Herrn Erzberger im April 1917 eingetreten. Bethmann Hollweg: Ich habe im April 1917 Herrn Erzberger keinen Rat gegeben, nach Wien zu reisen. Der politische Verkehr mit dem Wiener Kabinett geschah während des Krieges nur auf offiziellem Wege. Ich hatte keine Veranlassung, den offiziellen Verkehr durch eine außerordentliche Mission zu ersetzen. Die Reise ist also nicht auf meine Initiative unternommen worden, aber ich habe die Reise dem Herrn Erzberger auf die Stimmung in Wien einzuwirken. Es ist möglich, daß ich zu Herrn Erzberger sagte, leider habe auch Czernin eine skeptische Anschauung. Nun komme ich zu dem Czernin'schen Bericht. Ich werde wohl Herrn Erzberger gesagt haben, er solle sich von Herrn von Bergen informieren lassen. Für gänzlich ausgeschlossen halte ich jedoch, daß ich, wie Erzberger behauptet, gesagt habe: Gehen Sie ins Auswärtige Amt und lassen Sie sich dort den Czernin'schen Bericht vorlesen. Das würde auch gänzlich der Gewohnheit widersprechen, mit der ich politische Dinge behandle. Ich hatte dem Auswärtigen Amt keine Anweisung erteilt, Ihnen den Geheimbericht anzuschließen. Wenn Herr Erzberger hier etwas anderes sagt, so täuscht ihn sein Gedächtnis. Meiner Erinnerung nach werde ich wohl gesagt haben: Lassen Sie sich im Auswärtigen Amt über die Lage informieren. Erzberger: Ich weiß gewiß, daß Herr von Bethmann Hollweg gesagt hat: Lassen Sie sich im Auswärtigen Amt den Bericht vorlesen, damit Sie über die Stimmung in Wien orientiert sind. Bethmann Hollweg: Dieser Aussage muß ich entgegenstellen. Derartige Äußerungen

wurden auch innerhalb des Auswärtigen Amtes sehr sorgfältig und geheim behandelt. Ich habe wahrscheinlich mit Herrn Erzberger darüber gesprochen, daß in Czernin'schen politischen Strömungen vorderrschend und daß der Leiter dieser Strömungen Graf Czernin sei. Die Sitzung wird schließlich unter allgemeiner Erregung auf Montag vertagt.

Zur Beschlagnahme der Flugblätter „Fort mit Erzberger!“ Zur Beschlagnahme irziger Presseartikeln teilt die Staatsanwaltschaft beim Berliner Landgericht I mit, daß die Beschlagnahme der Flugblätter „Fort mit Erzberger!“ vom Verdict auf Antrag des Nebenklägers beschlossen worden ist. Auf die Frage, ob Dr. Delferich verurteilt werden wird, läßt diese Maßnahme selbstverständlich keine Rückschlüsse zu. Sie beweist lediglich die Sicherung der Einscheidung der Schrift, die nach dem Befehle erfolgen muß, falls eine Verurteilung, sei es auch nur wegen „formeller Beleidigung“ erfolgen sollte.

Die neuen Steuergeetze.

Der Strausausschuss der Nationalversammlung hat während der ihm gefallenen freien Zeit sehr fleißig gearbeitet. Er kann deshalb jetzt die drei großen Gesetzesentwürfe über die Reichsteuern, das Körperschaftsteuergesetz und das Landessteuergesetz der wieder zusammengetretenen Nationalversammlung als verhandlungsbereit unterbreiten.

Nach dem Verlauf der Ausschussberatungen ist anzunehmen, daß sich im Mienum der Nationalversammlung keine großen Umstände mehr ergeben werden. Allerdings ist es nicht an sich absehbar und läßt sich durch die Oppositionsparteien, insbesondere auf der Rechten, geübt. Aber das war vorauszuhaben und wird bei allen großen Gesetzen, nicht nur bei Steuervorlagen, ebenso sein. Gewiß haben auch die Reichsteuernparteien an vielen Ungeheuern der drei Steuerentwürfe scharfe Kritik geübt. Auf ihre Anträge sind manche wesentlichen Veränderungen vorgenommen worden. Aber im ganzen war ihre Haltung doch bestrebt eine aufnehmende, weil diese Gesetze zu dem gesamten Steuerplan gehören, den die Reichsregierung aufgestellt und die Parlamentarier gebilligt hat.

Ernsthafte Widerstände gegen die neuen Steuergeetze machen sich aber noch im Reichstage bemerkbar. Es ist vor allem Preußen, das bei dem Landessteuergesetz Schwierigkeiten macht. Bekanntlich sollen in Zukunft die Länder auf ihre Steuerhoheit zu Gunsten des Reichs verzichten. Preußen, als das größte Land, hat diesen Verzicht an die Bedingung geknüpft, daß das Reich sich verpflichtet, den Ländern und ihren Gemeinden unter Hinzurechnung einer Jahressteigerung von sechs Prozent diejenigen Einnahmen zu gewährleisten, die die Länder und die Gemeinden aus den preisgegebenen Steuern im vorigen Jahre gehabt haben, und daß die Vorschriften über die Beteiligung der Länder und Gemeinden am Ertrag der Reichsteuern nur in den Formen eines verfassungsändernden Gesetzes, also mit zwei Dritteln Mehrheit, abgeändert werden könnten. Diese Bedingungen waren von der Reichsregierung und der Nationalversammlung zunächst anerkannt und in ein vorläufiges Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom September vorigen Jahres angenommen worden.

Nun ist nachträglich dieses Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung in zwei neue Reichsgesetze aufgenommen worden, nämlich in die Reichsabgabenordnung und in das Landessteuergesetz. Im Landessteuergesetz werden die Steuerentnahmen der Länder des vorigen Jahres gewährleistet und die Bestimmungen wiederholt, daß ein verfassungsänderndes Gesetz zur Abänderung notwendig sei. Diese letztgenannte Sicherung hat aber der Strausausschuss nach eingehenden Debatten herausgestrichen. Darüber beklagen sich die Landesregierungen, zumal die preussische. Sie haben das formale Recht zweifellos auf ihrer Seite. Es fragt sich nur, ob bei der finanziellen Notlage des Reichs die formale Bindung in der Nationalversammlung die Beachtung findet, die ihr an sich zukommt.

Die Beratung der neuen Steuergeetze wird sich voraussichtlich noch die ganze nächste Woche hinziehen. Aus dem Laube laufen fortgesetzt noch Abänderungswünsche ein. Schon um ihre eingehende Beratung in den Fraktionen zu ermöglichen, muß eine überstürzte Erledigung der Steuervorlage vermieden werden.

Sport.

Fußball. Am Sonntag trafen sich auf dem Kalernensee der Wion-Kalerner die I. Elf „Fortuna“ Gröda und die I. Elf des Reichsmeisters Wion. Die I. Elf nahm einen klotigen Verlust und konnte durch gutes Zusammenspielen 4 : 1 für „Fortuna“ enden.



BLUSEN

Grosse Auswahl
in allen Farben und Formen
vom einfachsten Geschmack von M. 40.— an
— bis zu den verwöhntesten Ansprüchen. —

— Täglich noch —
Eingang von Neuheiten.

Modenhaut
Gebr
Riedel
Ecke Goethe- und Schützenstraße.